

Landrat Dr. Olaf Gericke

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gleich werden Sie den Kreishaushalt für 2020 in den Händen halten. Auf die Lektüre der rund 650 Seiten und die Beratung in den Fraktionen und Ausschüssen in den kommenden Wochen möchte ich Sie kurz einstimmen.

Wie immer geht es um viel – diesmal um ein Volumen von rund 450 Mio. €. Das ist wieder etwas mehr als im Vorjahr (plus 5,2 %) und eine schwer vorstellbare hohe Summe. Doch zahlreiche Aufgaben und Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, sind gesetzlich vorgegeben und von uns vor Ort kaum zu beeinflussen.

Allerdings können wir sehr wohl an vielen Stellen die Entwicklung mitbeeinflussen – und z.B. durch eine vorausschauende Steuerung das Kreis-Schiff in die richtige Richtung navigieren.

I. Der Haushalt in Zahlen

An unserer soliden und klugen Finanzpolitik wollen wir weiter festhalten, damit wir die nötige Beinfreiheit für Investitionen in unsere Zukunft haben. Denn es sind ja am Ende nicht die Zahlenkolonnen, auf die es ankommt, sondern vielmehr die guten Projekte und Maßnahmen, die wir anschieben können – für die Mitbürgerinnen und Mitbürger im Kreis Warendorf. Dafür möchte ich Ihnen gleich einige Beispiele nennen. Doch vorher blicke ich noch kurz auf die wichtigsten Eckdaten und Zahlen, die im Entwurf für den Haushalt 2020 stehen.

Die weitgehend positiven Reaktionen der Bürgermeisterin und der Bürgermeister aus dem Kreis auf unsere Eckdaten für 2020 haben sehr deutlich gezeigt: unsere Planung ist städte- und gemeindefreundlich. Das ist uns sehr wichtig. Wenn wir den Haushaltsentwurf aufstellen, haben wir natürlich immer auch die Auswirkungen auf die Kommunen im Kreis im Blick.

Die Steuerkraft unserer Kommunen ist insgesamt deutlich gewachsen – in elf von 13 Städten und Gemeinden gibt es ein zum Teil deutliches Plus. Unter dem Strich ste-

hen 25,2 Mio. € Mehreinnahmen (plus 7,8 %) und eine Steuerkraftmesszahl von insgesamt gut 350 Mio. €.

Die Kehrseite der Medaille im Finanzausgleich des Landes ist, dass die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Kommunen um rd. 9 Mio. € auf rd. 67 Mio. € sinken. Drei Kommunen erhalten wegen ihrer hohen Steuerkraft nach wie vor keine Schlüsselzuweisungen vom Land, sind also abundant – es handelt sich um Everswinkel, Oelde und Telgte. Alle anderen Städte und Gemeinden müssen mit deutlich weniger Schlüsselzuweisungen auskommen. Besonders betroffen sind Ahlen (minus 2,1 Mio. €), Warendorf (minus 1,8 Mio. €), Sassenberg und Beckum (beide etwa minus 1,5 Mio. €) und Beelen mit 820.000 €.

In der Gesamtbilanz wächst die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen aber erneut – und damit wächst auch die Umlagegrundlage für die Kreisumlage um rund 16 Mio. €.

Daraus ergäbe sich ein Mitnahmeeffekt von rd. 5,4 Mio. €, falls wir an dem aktuellen Satz von 33,2 % für die Kreisumlage festhalten würden.

Wir als Kreis Warendorf erhalten mit rund 42,6 Mio. € etwa 1,7 Mio. € mehr Schlüsselzuweisungen als 2019, auch wenn wir unter dem Rekordwert von 2018 liegen.

LWL-Umlage

Meine Damen und Herren – wie Sie wissen, müssen auch wir als Kreis eine Umlage an einen Kommunalverband zahlen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) leistet allein im kulturellen Bereich viel – was uns im Kreis aktuell z.B. am Museum Abtei Liesborn zu Gute kommt.

Dabei sind die Kultur-Ausgaben des LWL mit ungefähr zweieinhalb Prozent nur ein kleines Stück vom großen Gesamtkuchen. Hilfen für behinderte und psychisch kranke Menschen machen den allergrößten Anteil aus. Und für diese enorm wichtigen und guten Leistungen des LWL möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken! Das verdient unseren besonderen Respekt! Denn der Wert einer Gesellschaft bemisst sich meiner Ansicht nach auch ganz wesentlich daran, wie sie mit denen umgeht, die dringend Hilfe benötigen.

Wir wissen natürlich, dass der LWL für seine Leistungen mehr Geld benötigt und haben uns daran gewöhnt, dass die LWL-Umlage Jahr für Jahr steigt. Das ist für unseren Haushalt ein zentraler Punkt. Nach der Ankündigung im Juli sollte die Landschaftsumlage – von derzeit 15,15 auf 15,5 %, also um 0,35 Prozentpunkte steigen. Das klingt wenig, ist aber für uns ein großer Brocken – in € steigt unser Zahlbetrag demnach um rd. 4,4 Mio. auf 71,05 Mio. Das hatten wir so im Eckdatenpapier und im Haushaltsentwurf eingeplant.

Mittlerweile ist zumindest etwas Bewegung in die Sache gekommen – der LWL hat angekündigt, um 0,05 Prozentpunkte herunterzugehen. Ich bin der Ansicht, dass dieser kleine Trippelschritt viel zu wenig ist und dass die Zahllaststeigerung für uns und die anderen Kreise bzw. kreisfreien Städte nicht so hoch ausfallen müsste. Denn die Eigenkapitalausstattung des LWL ist gut und die Ausgleichsrücklage wird Ende 2019 mit mindestens 260 Mio. € gut gefüllt sein.

So oder so wird es bei der LWL-Umlage noch eine leichte Verbesserung gegenüber dem vorliegenden Entwurf geben. Gestern haben CDU und SPD beim LWL dazu erklärt, sie sähen noch Möglichkeiten der Senkung. Das ist auch nötig, zumal wir an anderen Stellen in unserem Haushalt mit Verschlechterungen gegenüber dem Entwurf rechnen müssen. Dazu gleich mehr – zunächst möchte ich auf unsere Rücklagen bzw. Eigenkapitaldecke blicken.

Der fiktive Haushaltsausgleich gelingt uns einmal mehr nur, indem wir wieder einen kräftigen Griff in unserer Ausgleichsrücklage einplanen, aus der wir 4,1 Mo. € entnehmen wollen. Ihr Bestand wird sich demnach Ende 2020 auf ca. 2,4 Mio. € verringern. Der Finanzstatus zum 01.09.2019 geht von weiteren Verbesserungen aus (ist im Finanzausschuss kommuniziert worden. In unserer allgemeinen Rücklage befinden sich Ende 2020 zusätzlich etwa 14,2 Mio. €. Die Bezirksregierung als Finanzaufsicht hat uns bei der jüngsten Haushaltsgenehmigung darauf hingewiesen, dass wir bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf die Kommunen eine zu geringe Eigenkapitaldecke haben.

Umso wichtiger ist es, dass sich die eben schon kurz angedeuteten drohenden Verschlechterungen im Vergleich zum Entwurf des Haushaltsplans möglichst nicht einstellen.

Stichwort Angehörigen-Entlastungsgesetz: Dadurch droht uns als Kreis eine Mehrbelastung von schätzungsweise rd. 1,4 Mio. € – die tatsächliche Höhe ist derzeit noch schwer absehbar. Die Bundesregierung will Eltern und Kinder von pflegebedürftigen Angehörigen bekanntlich spürbar entlasten. Künftig müssen sie erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 € einen Beitrag zu den Pflegekosten leisten. Eine Einkommensüberprüfung soll nur bei besonderen Anhaltspunkten für ein höheres Jahreseinkommen erfolgen.

Ich finde es gut, dass Angehörige stärker entlastet werden. Sie sind unabhängig von der finanziellen Situation stark belastet und tragen eine große Verantwortung. Ihnen die Angst vor unkalkulierbaren finanziellen Forderungen zu nehmen ist richtig. Aber der vom Bund eingeschlagene Weg führt zu einer neuen Kostenlawine für die kommunale Familie. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass die Finanzierung auf uns abgewälzt wird und der Bund diese Belastung nicht ausgleicht!

Stichwort ELAG: Für den Einheitslastenausgleich haben wir im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2020 den gleichen Betrag wie für 2019 eingeplant (ca. 1,65 Mio. €). Nach der jetzt vorliegenden ersten Modellrechnung des Landes müssen wir im kommenden Jahr ca. 1,95 Mio. € zahlen. Mehrbelastung für den Kreis: etwa 300 T €. Freuen dürfen sich dagegen unsere Städte und Gemeinde, die aus diesem Ausgleichssystem 2,3 Mio. € mehr erstattet bekommen als 2019.

Nach dem Entwurf stellt sich die Kreisumlage wie folgt dar:

- Wir schlagen mit dem vorliegenden Entwurf eine nochmalige **Senkung des Umlagesatzes vor: auf 32,7 % - das sind 0,5 Prozentpunkte weniger als im laufenden Jahr (33,2 %)**
- Der **Zahlbetrag der 13 Kommunen erhöht sich gegenüber 2019 um insgesamt etwa 3,3 Mio. € und liegt 2020 bei knapp 136,5 Mio. €**

Die oben dargestellten Verschlechterungen aus der Entlastung von Angehörigen und der Abrechnung ELAG sind wie gesagt hier noch nicht berücksichtigt.

Und wie entwickelt sich die Jugendamtsumlage?

Mehr Kinder im Kreis und immer mehr Familien, die schon für Ein- oder Zweijährige Betreuungsplätze benötigen – dieser Trend setzt sich weiter fort. Wir schaffen 435 zusätzliche Betreuungsplätze. Das ist eine erfreuliche Nachricht. Aber vor allem dadurch steigen auch die Aufwendungen in unserem Jugendamt weiter. Aktuell gehen wir davon aus, dass wir knapp 4,4 Mio. € mehr aus der **Jugendamtsumlage benötigen**, die die zehn Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt überweisen.

Deshalb müssen wir den Hebesatz für die Jugendamtsumlage erhöhen. Im Haushaltsentwurf planen wir einen Anstieg von aktuell 16,4 auf 17,4 % ein. Dabei waren wir von 38,75 Mio. € Umlagebetrag ausgegangen. Aufgrund von Verbesserungen im Jugendamtsbudget zeichnet sich jetzt aber ab, dass wir den Hebesatz nicht um einen ganzen, sondern nur um 0,9 Prozentpunkte, also auf 17,3 % erhöhen müssen. Das entspricht rd. 220 T € weniger Zahllast für die Kommunen. Im vorliegenden Entwurf ist noch der höhere Satz von 17,4 % (wie in den Eckdaten) enthalten.

Personalentwicklung

Mit unserem geringfügigen Netto-Zuwachs um 2,5 Stellen liegen wir im Münsterland-Vergleich am unteren Ende der Tabelle. Wie üblich können Sie alle Details der Begleitvorlage zum Stellenplan entnehmen.

Noch ein kurzer Ausblick auf die weitere Entwicklung: Unabhängig von der Anzahl der Stellen merken wir als Verwaltung, – und da stehen wir nicht allein – dass es immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden und zu binden. Deshalb haben wir ja unsere **Imagekampagne und Ausbildungsoffensive** gestartet, die Ihnen Frau Schreier ja bereits vorgestellt hat.

Besonders stolz sind wir auf unseren Azubi-Image-Film „Was Du machst – entscheidet!“. Wir haben hier auf authentische Stars gesetzt – auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Denn es gibt nichts Besseres, als mit den eigenen Stärken zu werben. Und das sind die rund 1300 Köpfe, die wir bei uns beschäftigten. Das tolle Engagement aller Beteiligten hat noch etwas gezeigt: das Arbeitsklima stimmt bei uns! Darauf bauen wir auch in Zukunft!

Die aktuellen Einstellungsgespräche für 2020 zeigen: die Bewerberinnen und Bewerber haben unser Motto und den Film wahrgenommen! **Das stimmt uns optimistisch, dass wir auch in Zukunft trotz wachsender Konkurrenz um die Köpfe ausreichend qualifiziertes Personal finden, um unsere Aufgaben zu erledigen!**

II. Investieren, Vorsorgen und Zukunft sichern

Um fit für die Zukunft zu sein, müssen wir heute die Weichen stellen und wichtige Investitionen tätigen. Dabei dürfen wir den finanziellen Bogen nicht überspannen und müssen auf solide Finanzen achten. Das wollen wir auch weiterhin so halten!

a) Schuldenabbau

Auch 2020 werden wir unsere Schulden um weitere 1,5 Mio. € abbauen – auf dann 11,2 Mio. €. (Nicht mitgerechnet das Sonderprogramm „Gute Schule“). Damit entlasten wir unmittelbar die Kommunen durch sinkende Zinslasten! Im laufenden Jahr können wir zudem sogar 2,7 Mio. € Investitionskredite abbauen.

Den Weg des Schuldenabbaus müssen wir unbeirrt weiter gehen, um nicht kommenden Generationen Belastungen zu hinterlassen. Der frühere Ministerpräsident von NRW, Wolfgang Clement, hat in einem Beitrag der Welt am Sonntag vom 6.10. zur Schuldenbremse ausgeführt:“ Die Schuldenbremse von 2009 war eine historische Wende: Seitdem müssen die öffentlichen Haushalte ausgeglichen sein. Wenn wir die schwarze Null aufgeben, nehmen wir künftigen Generationen jede Handlungsfreiheit“. Und weiter merkt er an:“ Schuldenmachen ist wie Rauchen: Man kann es sich abgewöhnen“.

Auch in der Niedrigzinsphase gilt für den Kreis Warendorf: Weiter entschulden!

b) Pensionsfonds

Aus dem gleichen Grund stocken wir auch unseren Pensionsfonds weiter auf. Um spätere Belastungen durch absehbare Pensionszahlungen zu mindern, wollen wir die Kapitalanlagen dafür im kommenden Jahr wieder (wie 2019) um 3,0 Mio. € erhöhen.

Investitionen

Im kommenden Jahr werden wir erneut hohe Investitionen zum Erhalt und zum Ausbau unserer Infrastruktur tätigen. Insgesamt werden wir 25,3 Mio. € für „Bau-Steine-Erden“ investieren.

Die wichtigsten Investitions-Projekte sind:

Straßen- und Radwegebau – dafür stehen insgesamt 7,9 Mio. € zur Verfügung. Beim Radwegebau rücken wir qualitative Verbesserungen in den Blickpunkt.

Förderschulen werden ein Investitionsschwerpunkt in den kommenden Jahren sein. So stehen für den Kauf und den Umbau der Paul-Gerhardt-Schule in Beckum, die ab 2021 der neue Standort der Astrid-Lindgren-Schule in Beckum werden soll, im kommenden Jahr **1,1 Mio. €** zur Verfügung (Anmerkung: in der gesamten mittelfristigen Finanzplanung ist eine höherer Betrag eingeplant)– finanziert aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“.

Fürs Jobcenter Beckum und für unser Gesundheitsamt bauen wir neu. Auf unserem Grundstück am Dalmerweg am Berufskolleg wird das neue Gebäude entstehen. Der Beckumer Stadtrat hat den Bebauungsplan dafür geändert. Nach einem Architekten-Auswahl- und Vergabeverfahren hat das Büro Spiekermann aus Beelen den Planungsauftrag erhalten. Aktuell laufen die Ausschreibungen. Für den Neubau planen wir 3,2 Mio. € ein. Wenn alles gut läuft, können wir 2020 beginnen und Ende 2021 fertig sein.

Das Berufskolleg Warendorf wollen wir am Hauptstandort erweitern. Für **haben wir dafür 3,5 Mio. € eingeplant.** Wir wollen die jetzt vom BK genutzten Räume im Nebengebäude an der Düsternstraße unserer Astrid-Lindgren-Schule, die im Förderschulkonzept eine wichtige Rolle spielt, zur Verfügung stellen.

Für unsere eben erwähnte Kreishaus-Kita haben wir den Bauantrag Anfang Juli bei der Stadt Warendorf gestellt. Aktuell läuft die Ausführungsplanung, damit wir sofort nach Eingang der Genehmigung die Rohbauausschreibung starten können. Geplant ist eine Fertigstellung im Spätsommer 2020.

Wir wollen aber 2020 nicht nur bauen, sondern planen auch einige große Anschaffungen. So wird es für den Rettungsdienst einige neue Fahrzeuge und ein

digitales Erfassungssystem geben sowie für unsere Berufskollegs hochwertige Maschinen – eine CNC-Fräse und drei Drehmaschinen sollen die Ausbildung auf den aktuellen Stand bringen.

Das Museum Abtei Liesborn werden wir wie von Ihnen beschlossen zu einem zeitgemäßen Informations-Zentrum über wichtige Aspekte unserer christlich geprägten Kultur umbauen. Das 1000 Jahre alte Liesborner Evangeliar werden wir wie berichtet in den Mittelpunkt der Neukonzeption stellen und eindrucksvoll inszenieren. Die lange und wechselvolle Abteigeschichte wird dabei natürlich eine wichtige Rolle spielen.

Im ersten Quartal 2020 wollen wir zunächst die erforderlichen Abbrucharbeiten ausführen – u.a. gilt es, eine Geschossdecke herauszuschneiden. Erfreulich: Von den 1,95 Mio. € für den ersten Bauabschnitt übernimmt der LWL fast eine Mio. €! Ein wichtiger Grund dafür ist, dass wir ein Museum für alle schaffen wollen. Barrierefreiheit und andere inklusive Aspekte spielen eine wichtige Rolle bei der Neukonzeption.

Einen Besucherraum zur Erinnerung an Augustin Wibbelt möchten wir im Kreis- haus einrichten. Es soll seinen Besuchern den 1862 in Vorhelm geborenen Schrift- steller Augustin Wibbelt und sein umfangreiches literarisches Werk näher bringen.

Wibelts Werk ist ein wichtiger Bestandteil der westfälischen Literatur. Viele von Ihnen kennen das plattdeutsche Gedicht „Dat Pöggskén“. Nicht zuletzt dadurch ist Augustin Wibbelt für uns eng mit dem Begriff „Heimat“ verbunden. **Als Kreis Waren- dorf haben wir dabei eine besondere Verantwortung, weil wir Inhaber der Rech- te an Wibelts Werken und seinem literarischen Nachlass sind**, der im Kreisar- chiv in unmittelbarer Nähe des geplanten Zentrums aufbewahrt wird.

Es soll in szenischer Weise durch Fotos, Texte, Tondokumente und Teile des Ori- ginal-Mobiliars aus dem Arbeitszimmer das Schaffen und das Werk Wibelts erfahrbar machen und durch moderne Medien interaktiv nutzbar sein. Eine erste Entwurfsski- ze für das Zentrum liegt vor. **Im Haushaltsentwurf planen wir konsumtiv dafür 100.000 € ein und hoffen auf eine 80%-Förderung aus dem NRW- Heimatprogramm.** Bisher ist ein Teil der Wibbelt-Dokumente im Museum Abtei Liesborn untergebracht. Das wird nach der Neukonzeption aus Platzgründen nicht

mehr möglich sein. Werk und Erbe von Augustin Wibbelt werden somit in ansprechender und moderner Form aufgewertet!

Die letzte Investitionen, die ich anspreche, ist die mit Abstand größte: Es geht um den Breitbandausbau im Außenbereich.

Die Anbindung ans schnelle Internet ist für Familien, Schulen und Unternehmen ein wesentlicher Standortfaktor. Arbeitsplätze und Wohlstand hängen davon ab. Deshalb hat der Kreis am Breitband-Förderprogramm des Bundes teilgenommen. 2017 haben wir aus Berlin einen ersten Förderbescheid erhalten. Aufgrund neuer Förderrichtlinien haben wir Ihnen, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, vorgeschlagen, die ursprünglich gestellten Förderanträge zu ändern. Eine von allen Experten mittlerweile empfohlene durchgehende Glasfaserinfrastruktur („Glasfaser bis ins Haus“), die nicht mehr auf Kupferleitungen basiert, soll Übertragungsgraten von 1000 Mbit pro Sekunde ermöglichen. **Denn im Hinblick auf neue Technologien wie den 5G-Mobilfunkstandard ist eine gigabitfähige Infrastruktur unerlässlich. Die Wirtschaftlichkeitslücke und damit die Fördersumme hatten sich dadurch nach erster Schätzung nahezu verdoppelt – sie wurde vom TÜV Rheinland auf 110 Mio. € prognostiziert.**

Nachdem wir im Kreistag im Sommer 2018 beschlossen hatten, einen entsprechenden Änderungsantrag zu stellen, haben wir am 30.08.2018 und am 04.04.2019 Änderungsbescheide vom Bund in Höhe von rd. 55 Mio. € und vom Land in Höhe von rd. 44 Mio. € erhalten. Demnach betrug der 10-prozentige Eigenanteil des Kreises rd. 11 Mio. €.

Danach konnte die Leistung ausgeschrieben werden. Drei Telekommunikationsunternehmen haben sich beworben. Alle vorgelegten Angebote gingen nach konkretisierter Planung davon aus, dass die Wirtschaftlichkeitslücke noch deutlich höher als in der TÜV-Prognose ausfällt.

Nach dem Auswahlverfahren und der Bewertung durch den Kreis und den TÜV Rheinland steht jetzt fest, welche Unternehmen die höchste Punktzahl erzielen konnten. Das dürfen wir am heutigen Freitag erstmals mitteilen, weil die Einspruchsfrist und damit die Stillhalteverpflichtung für alle Beteiligten zu Ende gehen. Die besten Angebote sowohl für den Nord- als auch für den Südkreis hat die Deutsche Glasfaser GmbH abgegeben.

Das Unternehmen rechnet mit einer Wirtschaftlichkeitslücke von insgesamt etwa 160 Mio. €. Der Bund und das Land haben bereits signalisiert, dass sie eine erhöhte Förderung von rd. 144 Mio. €, also wie gehabt 90 %, übernehmen wollen. Gleichzeitig steigt die Summe für unseren 10-prozentigen Eigenanteil von 11 auf ca. 16 Mio. €. Fördergelder und Eigenanteil werden schrittweise im Laufe der Bauzeit abgerufen.

Das Breitbandprojekt ist das größte Investitionsprogramm in der Geschichte des Kreises. Eine Fördersumme dieser Größenordnung liegt auch bundesweit im oberen Bereich. Durch die bereitgestellten Fördermittel können rund 13.500 Haushalte, 2100 Unternehmen sowie 53 Schulen mit reiner Glasfaserinfrastruktur versorgt werden.

Ich bin froh, dass die Vergabe, die ein echter Kraftakt war, jetzt über die Bühne gegangen ist. Das Verfahren war hochkompliziert – von der europaweiten Ausschreibung über die Bietergespräche bis hin zur Klärung von zahlreichen rechtlichen Details. **Bei diesem Mammut-Vorhaben und der hohen Fördersumme war es mir wichtig, dass Rechtssicherheit vor Schnelligkeit geht.**

Die Deutsche Glasfaser wird in Kürze die Ausbauplanung vorstellen. Fest steht, dass sowohl im Nord- als auch im Südkreis begonnen wird. **Im 1. oder 2. Quartal 2020 werden die ersten Leitungen gelegt. Bis 2023 soll das Breitband-Netz fertig sein.**

Eine Begleitvorlage und den Konzessionsvertrag erhalten Sie in Kürze, damit Sie nach den Ferien darüber beschließen können.

III. Klimaschutz mit Augenmaß

Ein Blick auf das Kreisentwicklungsprogramm WAF 2030, das wir zurzeit aktualisieren, zeigt: Klimaschutz ist wie in der ersten Fassung 2013 eines der großen Schwerpunkthemen. Wir werden unsere Anstrengungen in diesem wichtigen Bereich weiter verstärken.

Dabei setzen wir nicht auf Verbote und Einschränkungen für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für produzierende Betriebe. Das ist nicht unsere Aufgabe und das kann

auch keine Lösung sein – denn nur florierende Betriebe versetzen uns in die Lage, in unsere Zukunft und in Klimaschutz zu investieren.

Deshalb brauchen wir keine Klimapolizei und keine Verbotspolitik, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft zunehmend reglementiert! **Gefragt sind stattdessen gute Ideen und neue Projekte in Bereichen, in denen wir als Kreis zuständig sind und die wir vor Ort umsetzen können. Klimaschutz mit Augenmaß – das ist unser Ziel.**

Klimaschutz lebt vom Mitmachen und vom Engagement der Einzelnen, wie wir aktuelle an den vielen guten Beiträgen für den Klimaschutzpreis des Kreises, den wir in diesem Jahr zum dritten Mal vergeben werden, gesehen haben. Jeder kann etwas beitragen und bei sich anfangen. Und dabei gehen wir als Kreis gerne voran. **Ich bin sicher, dass das auch bei der Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramms viele gute Klimaschutzprojekte verankert werden!**

a) European Energy Award

Erneut machen wir nach drei erfolgreichen Teilnahmen **beim European Energy Award (EEA)** mit, auch wenn das Land die Förderung gestrichen hat. 2020 peilen wir wieder Gold an. Nicht nur unsere Gebäude-Substanz und die Nutzung von erneuerbaren Energien, sondern alle klimarelevanten Aspekte kommen bei diesem Controlling-Instrument auf den Prüfstand. Unser Energieteam unter Leitung unseres Klimaschutzmanagers kann auf bestehenden Maßnahmen aufbauen, wird aber auch neue Projekte anschieben müssen.

b) WLE

Die Reaktivierung der WLE-Strecke zwischen Sendenhorst und Münster rückt in greifbare Nähe. Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses im Landtag im Juli wurde die Voraussetzung für das Planfeststellungsverfahren geschaffen. **Ende 2023 könnten wieder Personenzüge fahren.** Wer tagtäglich zwischen Münster und Sendenhorst pendelt und dabei oft im Stau steht, darf sich auf die Bahnverbindung als klimafreundliche und nervenschonende Alternative freuen. Wenn auf der Strecke die Loks in absehbarer Zeit elektrisch im Akku-Betrieb oder mit Wasserstoff angetrieben werden, was sich abzuzeichnen scheint, dann wird die Umwelt noch stärker entlastet!

c) Mehrweg-System für Coffee to go

Ein Mehrweg-System für Kaffeebecher zum Mitnehmen hat unsere AWG zusammen mit der Abfallentsorgungsgesellschaft aus dem Kreis Gütersloh, den Bäcker-Innungen sowie den Städten und Gemeinden auf die Beine gestellt. Die Flut der Einweg-Becher („to go“) wollen wir so eindämmen. In wenigen Wochen werden wir eine erste Zwischenbilanz ziehen – auch was die Klimawirksamkeit betrifft. **Ein Mehrwegsystem dieser Größenordnung hat bundesweit Vorbildcharakter.**

d) Wertstoffwerkstatt (Entsorgungszentrum)

Um das Thema Abfallvermeidung geht es auch bei einem anderen Projekt am Entsorgungszentrum in Ennigerloh: Als außerschulischer Lernort ist die Wertstoffwerkstatt bei Schulen sehr beliebt. Derzeit wird ein Neubau errichtet, der mehr Platz als derzeit im Verwaltungsgebäude bieten wird. Die Fertigstellung ist Ende März 2020 geplant. Im Zentrum der Wertstoffwerkstatt wird weiterhin die „Mini-Sortieranlage für Kinder“ stehen. Sie verdeutlicht die wichtigsten Schritte bei der Abfalltrennung und sensibilisiert die Schüler, mit wertvollen Rohstoffen verantwortungsvoll umzugehen.

e) Artenschutz

Eng mit dem Klimaschutz hängt der Naturschutz zusammen. Trotz vielfältiger Maßnahmen hat die Biologische Vielfalt auch bei uns leider abgenommen. Daher müssen wir neue Wege gehen und die Anstrengungen verstärken. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels ist die Artenvielfalt für notwendige Anpassungsmechanismen wichtig.

Deshalb wollen wir unter der Überschrift „Aktionsbündnis für Artenvielfalt – der Kreis Warendorf summt und blüht“ neue Akzente setzen. Unter Federführung unserer Unteren Naturschutzbehörde wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft und der Biologischen Station ein Bündnis schmieden. Es soll die gute Arbeit der Vergangenheit weiter ausbauen und fest verwurzeln. Über bewährte Instrumente wie den **Vertragsnaturschutz hinaus wollen wir** auch neue Projekte umsetzen.

Je nach Vorhaben können wir weitere Bündnispartner wie Städte und Gemeinden, Naturschutzverbände, Jäger, Imker, Waldbauern etc. einbeziehen, um das Bündnis auf eine breite Basis zu stellen und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

Erste Ideen für das Aktionsbündnis für Artenvielfalt gibt es bereits:

- **Mit der Aktion „Ran an die Schaufel“** ist jeder Bürger aufgerufen, vom Kreis geförderte und empfohlene heimische Gehölze in Landschaft und Garten anzupflanzen. Jeder kann somit einen Beitrag zum Klimaschutz und für den Erhalt unserer Münsterländer Parklandschaft leisten. Der Aufruf zum Einheitsbuddeln am 3. Oktober war ein erstes Signal dazu.
- **Aber auch der Kreis Warendorf sieht sich in der Pflicht, auf seinen eigenen Liegenschaften die Biodiversität zu fördern. An den Kreis-Gebäuden entstehen „Bienenparadiese“** mit blütenreichen Nahrungsquellen für die Insekten. Darüber hinaus wollen wir **unsere Liegenschaften schrittweise unter Biodiversitäts-Gesichtspunkten entwickeln**, um mit eigenen artenreichen Flächen ein Vorbild zu sein.
- **Naturparadiese statt grauer Kiesgärten:** Die „**Qualitätsoffensive Flächenoptimierung**“ soll Bürgerinnen und Bürgern **Samenmischungen für den Garten** an die Hand geben. Darüber hinaus geht es auch um **Naturparadiese in Feld und Flur, die mit heimischen Pflanzen Insekten, Wiesenvögeln und dem Wild Lebensraum bieten.**

Dies sind nur einige Beispiele für konkrete Maßnahmen, die im Kleinen und im Großen für Verbesserungen im Kreisgebiet sorgen werden. Daneben stehen der **Schutz der Obstwiesen, Lebendige Wasserlebensräume** oder **das Fledermausprojekt „Das Große Flattern“** im Kreis Warendorf ebenso auf der Agenda, um nur einige zu nennen

Um neue Projekte zu planen und umzusetzen, müssen wir für die Untere Naturschutzbehörde zusätzliche Mittel einplanen.

f) Neue Mobilität

Ein wichtiges Zukunftsthema ist auch die Mobilität – wir müssen sie neu denken – und das nicht nur unter Klimaschutzaspekten. Selten ist so intensiv über das Thema geredet worden. Mehrere Gründe kommen zusammen: Wachsende Mobilitätsansprüche, ein größeres Umweltbewusstsein, aber auch neue Mobilitätsfor-

men wie E-Bikes und jetzt auch E-Scooter, Pilotprojekte mit On-Demand-Verkehren und die Verknüpfung und Optimierung dieser Angebote durch die Digitalisierung.

Mit verschiedenen Maßnahmen wollen wir diese Entwicklung vorantreiben:

Mit dem Radverkehrskonzept für den Kreis haben wir eine wichtige Grundlage geschaffen, um auch die schnelle Fahrradmobilität mit E-Bikes zu fördern. **Velorouten** sollen **auf insgesamt 170 Kilometern Länge** mittelfristig entstehen. Dabei sollen bestehende Radwege deutlich verbessert oder neue gebaut werden, damit Bürgerinnen und Bürger alltägliche Wege häufiger mit dem Fahrrad zurücklegen können. **Gerade im Kurzstreckenbereich bis 10 km werden sich durch E-Bikes für bisherige Autofahrer Alternativen ergeben. Zwischen Münster und Telgte wird derzeit eine erste Veloroute gebaut.**

Auch innovative Nahverkehrskonzepte mit autonomem Fahren wollen wir vorantreiben. Wir sind in konkreten Gesprächen mit dem Hersteller eines umweltfreundlichen Elektro-Kleinbusses mit dem Arbeitstitel „E-Mover“. Er ist an der RWTH Aachen entwickelt worden und wird im Frühjahr kommenden Jahres produziert. Wir wollen ein Exemplar mieten und zusammen mit RVM eine geeignete Strecke suchen. Wir prüfen derzeit mögliche Einsatzstrecken wie z.B. zur Anbindung von Bahnhöfen, Kliniken oder Gewerbegebieten.

Bei diesem Fahrzeug handelt es sich um die Vorstufe zum hochautomatisiertem Fahren. Zunächst natürlich mit Fahrer – bis die Genehmigungen der Behörden zum eigenständigen Fahren vorliegen. Wir wollen ganz vorne mit dabei sein, wenn die technologische Revolution kommt.

IV. Der Mensch steht im Mittelpunkt

Egal ob Verkehrsangebote, Klimaschutz oder andere Fragen – bei allen Themen steht für uns als Kreis der Mensch im Mittelpunkt, Das gilt ganz besonders im Schulbereich.

a) Förderschulkonzept

Ich freue mich, dass zum Beginn des Schuljahres der Echtbetrieb unseres beschlossenen Förderschulkonzeptes starten konnte. Ich bin stolz auf den Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen – so bieten wir bestmögliche, innovative För-

derschulangebote und Wahlfreiheit für die Eltern! **Das Motto „Kurze Beine, kurze Wege steht hier im Vordergrund.**

17 i-Männchen feierten Ihre Einschulung an der Astrid-Lindgren-Schule in Beckum. Dies war ein ganz besonderer Tag. Die Förderschule des Kreises Warendorf für die Bereiche „Sprache und Lernen“ nahm ihren Betrieb im Gebäude der früheren Overbergschule auf.

Gleichzeitig wurde die bestehende Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“ um den Schwerpunkt „Lernen“ erweitert. Eine Verbundschule Sprache und Lernen steht jetzt sowohl im Nordkreis als auch im Südkreis als alternative Fördermöglichkeit zur Verfügung. Die Astrid-Lindgren-Schule in Beckum besuchen aktuell insgesamt 85 Schülerinnen und Schüler. 170 Schülerinnen und Schüler werden in Warendorf beschult.

Zum neuen Förderangebot in Kreisträgerschaft gehört auch das **Regenbogenschulhaus in Ahlen, das jetzt als neuer „Schulischer Lernort“ für den Bereich Emotionale und Soziale Entwicklung** geführt wird. Aktuell besuchen die parallel dort auslaufende Förderschule 23 Schülerinnen und Schüler; im neuen Lernort werden fünf Kinder beschult. **Perspektivisch ist ein zweiter Standort in Warendorf geplant, um auch im Nordkreis ein Angebot zu schaffen.**

b) Jobcenter

Wichtig für viele Menschen im Kreis ist auch unser Jobcenter. Es hat mit fast 130 Mio. € das größte Produkt in unserem Haushalt. Die meisten Kosten trägt der Bund. **Erfreulich ist, dass der Kreisanteil 2020 erneut reduziert wird – um ca. 4 Mio. € auf rd. 21 Mio. €.**

Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir uns für 2020 ambitionierte Ziele setzen und von nur noch 7600 Bedarfsgemeinschaften im Jahresdurchschnitt ausgehen – das wären noch einmal 200 weniger als im guten Jahresdurchschnitt 2019.

Unter dem Strich stellen wir erfreut fest: Lässt man die Leistungsberechtigten mit Fluchtkontext außen vor, dann sinkt der Jahresdurchschnitt der Bedarfs-

gemeinschaften erneut – und zwar auf 6450! Das ist der niedrigste Wert, seitdem wir die SGB II-Aufgaben 2012 in Eigenregie übernommen haben!

c) Ausländerbehörde

Weiterhin zurückgegangen ist in diesem Jahr bislang die Zuweisung neuer Asylbewerber. Bis zum 1. Oktober waren es in diesem Jahr 313 Personen – im gleichen Zeitraum 2018 waren es noch 356.

Ausreisepflichtig sind zurzeit 780 Personen. Die Umsetzung der Ausreisepflicht wird immer schwieriger, weil es sich überwiegend um Personen aus Ländern handelt, die ihre Staatsangehörigen nicht zurücknehmen. **72 Abschiebungen konnten wir 2019 bislang durchführen. Weitere 69 Maßnahmen scheiterten,** weil in den meisten Fällen die betroffenen Personen am Tag der Abschiebung nicht angetroffen werden konnten.

37 freiwillige Ausreisen gab es bisher – überwiegend in die West-Balkan-Staaten. **Das Kreisrückkehrprogramm haben seit 2018 insgesamt 71 Personen genutzt.** Zur „finanziellen Förderung der freiwilligen Rückkehr in sichere Herkunftsstaaten“ stellte das Förderprogramm ab 2018 insgesamt 80.000 € zur Verfügung, um Ausreisewilligen einen Neustart im Heimatland zu ermöglichen.

d) Integration

Den anerkannten Asylbewerbern, möchten wir durch Sprachkurse und Bildungsangebote dauerhafte Perspektiven für eine erfolgreiche Integration bieten. Ich bin froh, dass unser Kommunales Integrationszentrum hervorragende Angebote in diesem Bereich macht.

Dazu gehört die Erstberatung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher bei der Suche nach der geeigneten Schule. Verschiedene **Sprachhelfer-Projekte** unterstützen Kinder in ihrer ersten Schulphase. **Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Beratungen für Schulen runden das Angebot ab.** Das KI unterstützt und koordiniert auch die Arbeit von Ehrenamtlichen – z.B. als Paten für die Berufsorientierung.

e) Pflege

Ein großer Anteil im Haushalt betrifft die Finanzierung von Unterstützung für pflegebedürftige Menschen. Ich freue mich, dass unsere Aufwendungen dafür im nächsten Jahr um ca. eine halbe Mio. € sinken. Grund dafür ist, dass derzeit viele ältere und pflegebedürftige Menschen in einer guten finanziellen Situation sind. **Doch wir müssen künftig mit deutlich höheren Ausgaben in diesem Bereich rechnen – nicht nur durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz.**

Viele Menschen möchten möglichst lange im eigenen Zuhause leben. Unsere Pflege- und Wohnberatung informiert sie über die Möglichkeiten und Voraussetzungen dafür. Wir wollen die präventive Ausrichtung der Beratung weiter stärken – mit dem Ziel: „ambulant vor stationär“. Deshalb haben wir zuerst in enger Kooperation mit der Gemeinde Everswinkel im Rahmen des Projektes „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ eine **frühzeitige Seniorenberatung** mit Hausbesuchen durchgeführt. **Dieses Projekt läuft aktuell in Oelde. Weitere Kommunen haben bereits ihr Interesse bekundet.**

f) Kinderbetreuung

Von den Älteren zu den ganz Jungen: Das Ziel unseres Jugendamtes ist klar: Wie erwähnt, steigern wir die Zahl der Kinderbetreuungsplätze erneut, um den steigenden Bedarf zu decken.

Für die über drei Jahre alten Kinder (Ü3) gibt es derzeit 4.719 Plätze, ab Sommer 2020 werden es 5.053 Plätze. Für jedes Kind in dieser Altersgruppe gibt es ein Angebot.

Und bei den unter Dreijährigen (U 3) decken wir ebenfalls den Bedarf: 1.897 Kinder – 46,0% der Kleinsten – nutzen aktuell ein Betreuungsangebot (KiTa bzw. Tagespflege) – 2020 kommen allein für den U-3-Bereich 101 Kita-Plätze hinzu.

Die Einführung des zweiten beitragsfreien Kindergartenjahres führt zu Mindererträgen von rd. 311 T€. Der Ausgleich des Landes für den Beitragsausfall gleicht die wegfallenden Elternbeiträge nicht aus. **Insgesamt steigen die vom Kreis zu tragenden Betriebskosten für Kitas und Tagespflege um rd. 3,5 Mio. €.**

g) Adoptiv- und Pflegefamilien

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Adoptiv- und Pflegefamilien im Kreis. Durch ihr tolles Engagement geben sie Kindern ein neues Zuhause und begleiten sie auf ihrem Weg ins Leben! Diesen Familien zolle ich meinen höchsten Respekt. Was sie leisten, habe ich eindrucksvoll in Gesprächen mit Adoptiv- und Pflegeeltern erfahren. **Wir sind immer auf der Suche nach Paaren und Familien, die dauerhaft oder auch in Übergangssituationen Kinder aufnehmen!**

V. Mehr Sicherheit für den Kreis Warendorf

Das Thema Katastrophenschutz und nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Extremwetterlagen haben zugenommen. Flächenlagen können z.B. durch Starkregenereignisse und lange Hitzeperioden, die die Waldbrandgefahr erhöhen, entstehen. Die Auswirkungen eines längeren Stromausfalls könnten zudem gravierend sein. **Um den bestmöglichen Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen, gehe ich in die Offensive und bringe mit diesem Haushalt ein Sicherheits-Konzept als Begleitvorlage ein.**

Damit wollen wir als für den Katastrophenschutz zuständige Behörde u.a. in fünf wichtigen Bereichen Verbesserungen umsetzen:

a) Leitstelle für Rettungsdienst und Feuerschutz

Der Erweiterungsbau soll Ende 2020 fertig werden. Als einheitliche Leitstelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst spielt sie eine zentrale Rolle beim Bevölkerungsschutz. Modernste Technik und gute Arbeitsbedingungen im Neubau sowie gut geschultes Personal sollen sicherstellen, dass auch zukünftig allen Anrufern im Kreis Warendorf unter dem Notruf 112 schnellstmöglich Hilfe geleistet werden kann. Ob eine personelle Aufstockung notwendig und möglich ist, werden ein Personalgutachten und Verhandlungen mit den Krankenkassen zeigen. Diese tragen ca. 60 % der Kosten der Leitstelle (den Rettungsdienstanteil).

b) Stabsräume

Für den Stab der Einsatzleitung (operativ-taktischer Stab der Feuerwehren) und den Krisenstab der Verwaltung mit seiner Koordinierungsgruppe benötigen wir geeignete Stabsräume mit moderner Technik. Diese müssen bei Bedarf sofort und über einen längeren Zeitraum für ein funktionierendes Krisenmanagement zur Verfügung stehen. **Mit der Erweiterung der Leitstelle entstehen geeignete Räume für den Stab der Einsatzleitung. Für den Krisenstab der Verwaltung gibt es bislang nur provisorische Lösungen. Der ehemalige Stabsführungsraum im Kreishaus-Kellergeschoss soll deshalb reaktiviert werden, um optimale Bedingungen für die Krisenstabsarbeit zu schaffen.**

c) Warnung der Bevölkerung

Wie soll ich mich bei drohenden Gefahren schützen, wenn ich nichts davon erfahre? Kreis und Kommunen müssen deshalb im Katastrophenfall gemeinsam für eine Warnung der Bevölkerung sorgen. Dafür gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die sich gegenseitig ergänzen:

- **Mobile Warnanlagen** können etwa auf Fahrzeugen in einem begrenzten Gebiet eingesetzt werden. Neben den Warntönen können auch Warntexte abgespielt oder aktuell gesprochen werden.
- **Die Warn-App „NINA“**, die bereits viele Menschen im Kreis nutzen, kann ortsbezogen warnen. Unsere Leitstelle kann NINA aktivieren. Eine Warnung kann z.B. mit der Aufforderung verbunden sein, die Fenster zu schließen und das Radio einzuschalten. **Falls Sie es nicht schon gemacht haben, empfehle ich Ihnen: Installieren sie NINA auf Ihrem Smartphone!**
- **Über „Radio WAF“** können ebenfalls Warnnachrichten verbreitet werden. Wenn in den Abend- und Nachtstunden vor Ort nicht gesendet wird, kann die Kreisleitstelle Warnmeldungen direkt ins laufende Rundfunkprogramm einspielen.
- **Die alten Sirenen** wurden mit Ende des kalten Krieges nach und nach außer Betrieb genommen. Flächenwarnungen können aber auch heute noch nötig

sein. Daher unterstützt das Land die Kommunen beim Bau neuer Sirenenanlagen. Auch im Kreis Warendorf hat der Aufbau von modernen digitalen Sirenen begonnen. Sie können gezielt für einzelne Kommunen, für das ganze Kreisgebiet oder landesweit ausgelöst werden und Warntöne bzw. Durchsagen lautstark verbreiten.

- **Auch auf dem Kreishausdach haben wir jetzt eine Hochleistungssirene in Betrieb genommen. Beim nächsten Warntag, der am 10.09.2020 erstmals bundesweit stattfindet, sollen im Kreis flächendeckend Sirenen zu hören sein.**

d) Stromausfall

Eines der wahrscheinlichsten Ereignisse, auf die wir uns in der Gefahrenabwehr vorbereiten müssen, ist ein großflächiger und längerfristiger Stromausfall. Was das bedeutet, ist in dem Buch „Black Out“ von Marc Elsberg eindrucksvoll zu lesen. Es ist zwar ein Roman – er zeigt aber realistisch die weitreichenden Folgen eines längerfristigen Stromausfalls, wie Experten bestätigen.

Um die Funktionsfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten im Kreis bei einem längerfristigen flächendeckenden Stromausfall aufrecht zu erhalten, haben wir Vorkehrungen getroffen. Doch das alleine wird nicht reichen, um für alle denkbaren Szenarien gewappnet zu sein. Gefragt ist darüber hinaus insbesondere die Selbsthilfe der Bevölkerung.

So muss z.B. für **Patienten, die Zuhause beatmet werden**, die Versorgung mit Notstrom eigenverantwortlich gelöst werden. Denn der Katastrophenschutz kann Notstromaggregate nicht flächendeckend zur Verfügung stellen.

Aber auch die Bevorratung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln, die auch bei Stromausfällen verwertbar sind, empfehlen wir dringend – das Bundessamt für Bevölkerungsschutz hat dazu eine Checkliste erstellt. **Für Vorsorge werden wir als Katastrophenschutzbehörde die Bürger verstärkt sensibilisieren. Das wird ein Schwerpunkt beim „Tag der Sicherheit“ sein, den wir am 07.06.2020 am Kreishaus veranstalten.**

e) Katastrophenschutz lebt vom Ehrenamt

In unserem 2018 aufgestellten Katastrophenschutzplan haben wir für verschiedene Gefahrenlagen, wie z.B. Hochwasser, Stromausfall, Waldbrand, Bahnunfälle, Pandemien etc. Einsatzpläne erarbeitet. **Getragen wird der Katastrophenschutz im Kreis aber hauptsächlich von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Hilfsorganisationen und Feuerwehren. Ihnen gilt hier und heute unser besonderer Dank! Sie sind es, die uns in der Gefahr helfen!**

Um diese Hilfe professionell leisten zu können, ist es erforderlich, alle Helferinnen und Helfer so gut wie möglich auszurüsten. Für uns als Katastrophenschutzbehörde ist es daher eine wichtige und unaufschiebbare Pflicht, für die Beschaffung und Unterhaltung der erforderlichen Ausrüstung zu sorgen – damit wir den Bürgerinnen und Bürgern in Gefahrenlagen wie Hochwasser, Sturm, Stromausfall, Dürre, Waldbrand, usw. den bestmöglichen Schutz bieten können. Zahlreiche Neuanschaffungen haben wir deshalb in den letzten Jahren veranlasst. So sind wir in der Lage, rund 1 % der Kreisbevölkerung, das sind ca. 3.000 Menschen, in vorgeplanten Notunterkünften zu betreuen. Im letzten Jahr haben wir zudem angefangen, uns besser für Hochwasser- und Starkregenereignisse auszustatten, damit wir für Unwetterlagen besser mit Hochleistungspumpen und Sandsäcken gewappnet sind. Zwei neue Fahrzeuge für den ABC-Schutz, der sogenannte Gerätewagen Gefahrgut II, sollen noch in diesem Jahr mit entsprechender Ausstattung in Dienst genommen werden. Fast eine halbe Million Euro haben wir in den Schutz vor atomaren, biologischen und chemischen Gefahren - insbesondere bei Gefahrgutunfällen- investiert.

VI. Ausblick: Aufschwung im ländlichen Raum

a) Kreise als Kraftzentren

Die Rolle der Kreise der Kreise und ihre Forderungen des ländlichen beschrieb der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Landrat Reinhard Sager, bei der Jahrestagung so:

„Wir müssen gemeinsam – Bund, Länder und Kommunen – den Schulterchluss suchen, um die Fläche fit für die Zukunft zu machen.“ Sager wies darauf hin, dass über 56 Mio. Menschen und damit 68 % der Bevölkerung Deutschlands in Landkrei-

sen leben und damit eben nicht in Großstädten. „Es geht darum, die ländlichen Räume auch in Zukunft funktionsfähig zu halten – als mittelständisches Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland und als Ausdruck der dezentralen Aufstellung unseres Landes“, sagte er. Es gelte deshalb die Daseinsvorsorge auch in der Fläche zu gewährleisten. Gerade die Digitalisierung biete nämlich große Chancen, wenn die Voraussetzungen wie Glasfaser- und 5-G-Mobilfunknetz geschaffen würden, so der DLT-Präsident.

Und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff brachte es so auf den Punkt: „Viele der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten nach der Wiedervereinigung wurden in den ländlichen Regionen geschrieben. Ich will, dass Innovationen und Investitionen auf dem Land auch künftig möglich sind.“ Dieser Aussage kann ich mich nur anschließen. Denn die Kreise müssen Kraftzentren für eine dynamische Entwicklung bleiben!

b) Kreis Warendorf als Top-Standort

Wenn wir uns in diesem Sinne weiter anstrengen und für gute Rahmenbedingungen – wie durch eine Top-Breitband-Versorgung Internet – für Bevölkerung und Unternehmen sorgen, sind die Aussichten für unseren Kreis Warendorf hervorragend. Selbst, wenn es konjunkturelle Eintrübungen geben sollte, haben wir in dieser boomenden Region mit ihren vielen kreativen Unternehmen gute Perspektiven. Anders als andere Regionen dürfen wir bis 2030 weiterhin ein leichtes Bevölkerungsplus erwarten. Umfragen zeigen, dass fast 80 Prozent der Deutschen nicht in den Metropolen leben wollen. Da sind wir im schönen Münsterland eine echte Alternative – und auf der Suche nach neuen Standorten oft sogar die beste Wahl.

c) Marketing und Marke Münsterland

Wir kennen unsere Standortvorteile und die Lebensqualität hier im Kreis. Aber auch für diejenigen, die uns nicht kennen, müssen wir attraktiv sein. Deswegen werden wir im Rahmen des Kreisentwicklungsprogramms unsere Marketing-Anstrengungen verstärken – in enger Verbindung mit Münsterland e.V. Die Bildung der Marke Münsterland ist jetzt erfolgreich abgeschlossen. Ein Kommunikationskonzept mit verschiedenen Säulen wird für einen überregionalen Auftritt entwickelt. Klar ist: Wir brauchen einen langen Atem bei der Markenpositionierung, sind aber auf dem richtigen Weg. Ich bin mir sicher: Die Erfolge werden sich einstellen.

Leitprojekte wie Picknick³ bringen das Lebensgefühl im Münsterland auf den Punkt – viele von ihnen haben vielleicht die Retro-Münsterland-Liegestühle an besonderen Orten wie Burgen und Schlössern als Einladung zum Picknick gesehen. Mit dem Fotowettbewerb „Mein schönster Picknickplatz“ gelang es, viele die Münsterländer als Botschafter für das Projekt zu gewinnen.

d) Demographische Entwicklung

Noch ein Blick in die Zukunft: das Statische Landesamt hat aktuell eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für den Zeitraum bis 2040 vorgelegt.

Danach steigt die Einwohnerzahl bei uns im Kreis bis etwa 2032 noch leicht an, um dann bis 2040 um 2,6 % gegenüber 2018 zurückzugehen. Die positive Wanderungsbilanz kann die natürliche Bevölkerungsentwicklung (weniger Geburten als Todesfälle) nicht ausgleichen. Der „Speckgürtel“ rund um Münster wird am deutlichsten von der Magnetwirkung des Oberzentrums profitieren und kann auch noch bis 2040 mit Zuwächsen rechnen.

Die Zahl der Menschen, die 65 und älter sind, wird stark ansteigen – allerdings nicht so deutlich wie im übrigen Münsterland. Gleichzeitig gibt es weniger Kinder und Jugendliche.

Zunehmen um 2,4 % wird dagegen die Zahl der Haushalte im Kreis. Noch wichtiger für die Wohnungswirtschaft ist die Betrachtung der Haushaltsgrößen. Danach wird die Zahl der 1- und 2-Personen-Haushalte von jetzt 72 auf 76,2 % steigen.

Diese Entwicklungen werden Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben – von Kindergärten über Schulen über die Gesundheitsversorgung bis zum Bereich Wohnen und Pflege.

e) Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus

Damit der Kreis Warendorf als Wohn- und Arbeitsstandort attraktiv bleibt und fit für die Zukunft mit den erwähnten demographischen Veränderungen wird, sind vielfältige Anstrengungen notwendig. Dazu soll u. a. das Kreisentwicklungsprogramm dienen. Darin wollen wir **die wichtigsten Zukunfts-Aufgaben bündeln**

Jetzt sind wir auf der Zielgeraden. In den vergangenen Monaten haben sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Altersklassen sowie Vertreter der Städte und Gemeinden, Unternehmer, Politiker und Experten aus den verschiedensten Fachgebieten beteiligt

Gefreut habe ich mich besonders über die große Resonanz auf unseren kreisweiten Jugendworkshop in Ahlen. Zahlreiche Ideen brachten Schülerinnen und Schüler dort in den Prozess ein. Auch bei den **Zukunftsdialogen in Beckum, Ahlen und Warendorf** gab es viele Anregungen und Hinweise zu den jeweiligen Schwerpunktthemen.

Aus den zahlreichen Ideen und Vorschlägen konnten wir jetzt etwa 60 Projekte und Maßnahmen **für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Wissenschaft, Familie und Lebensqualität sowie Klimaschutz und Umwelt** ableiten. Ich glaube, damit können wir gut gerüstet den Herausforderungen der Zukunft begegnen. Diese Projekte werden jetzt in den Fachausschüssen beraten werden. **Das dann finale Kreisentwicklungsprogramm mit den am höchsten priorisierten etwa 25 Maßnahmen soll in der Kreistagssitzung im Dezember beschlossen werden.**

f) Wohnen in Zukunft

Das Thema Wohnen ist einer der entscheidenden Faktoren für die weitere positive Entwicklung im Kreis Warendorf. Wohnen auf dem Lande liegt nach wie vor im Trend, weil v.a. viele Familien ein Haus oder eine Wohnung zu bezahlbaren Preisen suchen. Hier liegt eine große Chance für unsere Städte und Gemeinden, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. **Dynamische Regionen brauchen auch einen dynamischen Wohnungsmarkt, finde ich!**

Das auf Wohnungsmarktforschung spezialisierte Pestel-Institut **hat dazu vor wenigen Monaten eine Studie vorgestellt. Sie belegt eindrucksvoll, dass nicht nur in Münster, sondern auch in den Münsterland-Kreisen aktuell Wohnungen fehlen.** Ende 2017 waren es im Kreis Warendorf fast 2.200 Wohnungen. **In den sechs Jahren von 2012 bis 2017 hätten demnach jährlich rund 360 Wohnungen mehr gebaut werden müssen, um den Wohnungsmarkt auszugleichen.** Es besteht also dringender Handlungsbedarf – unabhängig von den schwer zu prognostizierenden zukünftigen Entwicklungen!

Die kommunale Baulandentwicklung wird deshalb auch in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen. Zumal der Bestand an älteren Häusern und Wohnungen oft nicht den heutigen Erwartungen an Komfort, Zuschnitten oder energetischem Standard entspricht.

Auch die **Leerstandsquote von 3 %**, die erforderlich ist, um die übliche Fluktuation und Modernisierungen zu ermöglichen, **wird mit derzeit 1 bis 2 % unterschritten**. Das führt zu einer zusätzlichen Anspannung der Wohnungsmarktsituation. Neben dem weiterhin erforderlichen Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern müssen auch die Ansprüche von Single-Haushalten und der vermehrte Bedarf an barrierefreien Wohnungen bei der Ausweisung und Planung von Bauland und im Bestand beachtet werden.

Die Studie ist eine gute Grundlage, um innerhalb der kommunalen Familie und mit den Beteiligten der Wohnungswirtschaft Strategien für eine weitere positive Entwicklung im Kreis Warendorf zu diskutieren und Schlüsse daraus zu ziehen.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die guten Angebote unserer Wohnraumförderung. Haushalte, die eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten – bei einer Familie mit zwei Kindern liegt die Grenze bei etwa 55.000 € brutto können beim Bau eines Hauses oder einer Wohnung erheblich gefördert. Neben sehr niedrigen Zinsen gibt es oft Tilgungsnachlässe. **Im Kreisgebiet existieren derzeit etwa 2.000 Eigenheime, die auf diese Weise gefördert wurden. Zudem gibt es etwa 4.800 geförderte Mietwohnungen.** Leider fallen viele davon in den nächsten zehn Jahren aus der Sozial-Bindung. Deshalb wollen wir durch neue Förderobjekte den Verlust an erschwinglichen Wohnungen möglichst ausgleichen.

Der Trend ist erfreulich – das Fördervolumen bei uns im Kreis hat sich 2018 auf knapp 11,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Davon entfielen 8,2 Mio. € auf Mietwohnungen. Insgesamt wurden von uns 113 neue Wohneinheiten gefördert, davon 57 Mietwohnungen.

g) Digitale Verwaltung

Die Digitalisierung unserer Verwaltung schreitet weiter voran. Bei der Einführung der elektronischen Akte liegt der Schwerpunkt derzeit auf dem Jobcenter. Ein Teil der Anlaufstellen ist schon darauf umgestellt. Nach der Beseitigung von Kinderkrankheiten und Optimierungen folgen jetzt die weiteren Jobcenter-Anlaufstellen so-

wie ein Bereich des Personalamtes und der Kämmerei. Wenn die elektronische Akte eingeführt ist, können bald für Anträge verschiedene **Online-Antragsassistenten und ein Online-Kundenportal** genutzt werden. Integriert ist das Ganze im allgemeinen Serviceportal, das für den Kreis ebenfalls schon im Betrieb ist. Wir wollen und wir müssen die Verwaltung bürgerfreundlicher machen!

Unsere IT hat eine Online-Plattform entwickelt, in der alle Einzelleistungen aus dem Onlinezugangsgesetz aufgelistet sind, und in der jeder Nutzer sehen oder eingeben kann, welche Kommune bereits welche Leistung digital anbietet oder entwickelt. **So muss keine Verwaltung das Rad neu erfinden.** Die von uns entwickelte Plattform ist mittlerweile überregional bekannt – sie hat in der Fachwelt eine sehr positive Resonanz gefunden und wird landesweit genutzt. **Inzwischen haben wir sogar aus dem Bundesinnenministerium registrierte Benutzer.**

Wir bauen unser Richtfunknetz bis 2020 weiter aus, um die Qualität der Datenübertragungsraten zu steigern. In Bereich der Netzwerke wie auch auf anderen Gebieten verstärkt unsere IT die Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiter.

Für das digitale Bauamt sind wir bekanntlich eine von sechs Modellkommunen im Land. 2020 starten wir mit den ersten Antragsassistenten. Das ist sehr komplex – denn der Bauantrag ist einer der kompliziertesten Anträge. 2021 soll eine landesweite Kommunikationsplattform für alle am Bauvorhaben Beteiligten an den Start gehen, was die Laufzeiten der Anträge deutlich verkürzen wird. Denn so muss niemand mehr auf Post mit Unterlagen warten.

Ich wünsche Ihnen gute und konstruktive Haushaltsberatungen und bitte Sie um Ihre Zustimmung, wenn wir am 13. Dezember an dieser Stelle über den Etat abstimmen.

Ich danke Ihnen für die erneut sehr gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden zwölf Monaten. Gemeinsam haben wir in dieser Zeit einiges auf den Weg gebracht und bei allen unterschiedlichen Ansichten und Schwerpunkten immer konstruktiv nach Lösungen gesucht.

Um die gute Arbeit im Kreistag zu stärken, schlage ich eine Erhöhung der Sachmittel für die Fraktionen um 10 % vor. Das ist, wie ich finde, nach vielen Jah-

ren überfällig. Damit möchten wir auch den ehrenamtlichen Einsatz, den Sie für den Kreis erbringen, honorieren.

Danken möchte ich aber auch allen ehrenamtlich aktiven Menschen im Kreis – sei es bei der Feuerwehren und Hilfsorganisationen oder in unzähligen Vereinen und Gruppen. Egal ob im Sport, in der Senioren- oder Flüchtlingsarbeit, in der Kultur- und Heimatpflege, der Feuerwehr und Hilfsorganisationen und in anderen Bereichen: Nur durch den unermüdlichen Einsatz zahlreicher Menschen, die ihre Freizeit opfern, blüht unser Gemeinwesen auf.

Danken möchte ich zudem unserem professionellen Team im Kreishaus! Nicht nur in der Kämmerei, die in den vergangenen Wochen besonders unter Strom stand, wurde unter der Leitung von Kämmerer Dr. Funke und Amtsleiterin Frau Kleier unter Hochdruck gearbeitet. Auch unsere anderen Ämter haben wieder Hervorragendes geleistet. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen, finde ich! Daran möchten wir 2020 gerne anknüpfen und setzen dabei auf Ihre Unterstützung und eine breite Zustimmung für den Kreishaushalt!